

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5141

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5141



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Wie Trump zum «Wörter-Verbieter» gemacht wird

Hat Trump «Frauen» und «Rassismus» verboten?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In den letzten Wochen veröffentlichten grosse Schweizer Medien alarmierende Berichte, wonach US-Präsident Donald Trump bestimmte Wörter verboten habe. So titelte etwa Watson: «Trump-Regierung verbietet über zweihundert Wörter – darunter "women" und "racism"».



Donald Trump spricht in Washington zu den Medien, am 28. Februar 2025.
Bild: keystone

Trump-Regierung verbietet über 200 Wörter – darunter «women» und «racism»

Die US-Regierung verbietet «woke» Wörter, will Demonstranten abschieben und schüchtert Medien ein. Vier Beispiele, die zeigen, wie die Grundrechte unter Donald Trumps Präsidentschaft unter Druck geraten.



© 12.03.2025, 18:09

Auch im «Blick» war von Identitätsbegriffen wie «Vielfalt», «Inklusion» und «Klimakrise» zu lesen, die auf einer schwarzen Liste stünden. Selbst SRF berichtete über rund zweihundert unerwünschte Ausdrücke – etwa «Klimakrise» oder «People of Color» –, die aus Regierungsdokumenten verschwinden sollen. Der Eindruck für Schweizer Leser: Trump zensiert Wörter wie ein autoritärer Zampanò.

Per Dekret Wörter verboten?

Diese Berichte berufen sich auf einen etwas wirren New York Times-Artikel vom 7. März 2025. Darin hat die Zeitung interne Memos und Änderungen auf Regierungswebseiten ausgewertet. Wichtig: Die NYT schrieb nicht, Trump habe per Dekret Wörter gestrichen. Vielmehr stellten die Journalisten ein «Muster verschwindender Worte» fest. Sie schrieben, Trumps Leute hätten auf über zweihundertfünfzig offiziellen Websites Begriffe wie «diverse»,

«LGBTQ+» oder «Paris Agreement» gelöscht oder ersetzt. Dazu zählen Begriffe wie «Trans», «Gender», «Women», «Racism» usw., die laut internen Weisungen in der Behördenkommunikation möglichst vermieden werden sollen.

Texte «entwoked»

Von einem Verbot dieser Wörter – etwa im öffentlichen Gebrauch – war jedoch nie die Rede. Die NYT betonte sogar explizit, es sei das Recht jeder Regierung, die Sprache ihrer eigenen Kommunikation an die eigene Politik anzupassen.

Mit anderen Worten: Trump hat keine Liste publiziert, auf der er Wörter wie «*Frauen*» streicht, geschweige denn solche verbietet – er lässt lediglich amtliche Texte «entwoken», um ideologisch neutrale Sprache vorzugeben. Schweizer Medien liessen diese Differenzierung durchwegs unter den Tisch fallen.

Trumps Dekret: Gegenteil eines Sprachverbots

Besonders absurd wird die Berichterstattung im Lichte von Trumps erstem Regierungsdekret, auf das sich die New York-Times explizit berief. Dieses trägt den Titel «*Wiederherstellung der Redefreiheit und Beendigung der staatlichen Zensur*». Darin untersagt Trump allen Bundesbediensteten ausdrücklich, die Meinungsäusserung von Bürgern zu unterdrücken.

Wörtlich heisst es: «*Regierungszensur der Meinungsäusserung ist in einer freien Gesellschaft unerträglich.*»

Statt Sprache zu verbieten, verbietet Trump also Zensur durch den Staat. Hintergrund ist, dass die vorherige Biden-Administration mit Big Tech unliebsame Meinungen unterdrückt hat.

Nazi-Vergleiche bei SRF

Es geht um mehr Meinungsfreiheit, nicht um weniger. Die Schweizer Artikel kehren diesen Kontext jedoch unter und stellen Trumps Feldzug gegen «woke» Bürokratie als Orwellsches Neusprech dar. So zog SRF im Gespräch mit einem Linguisten gar Parallelen zur sprachlichen Manipulation in Diktaturen.

Der Experte nannte Nazi-Deutschland als historisches Beispiel staatlicher «Sprachlenkung». Der Subtext des Nazi-Vergleichs war klar: Was Trump tut, klingt für Schweizer Medien nach finsterster Vergangenheit. Dabei richtet sich sein Vorgehen gerade gegen staatliche Bevormundung der Sprache.

Watson als Irrlicht

Besonders krass desinformierte das Online-Portal Watson: In der eingangs erwähnten Wortverbots-Story war fast alles falsch. Wie eingangs geschrieben, hat Trump natürlich nicht «women» und «racism» verboten. Bei den «Demonstranten», die Trump

abschieben wolle – so eine weitere Watson-Fake-News – handelt es sich um einen einzigen; diesem wird Unterstützung für die als Terrororganisation eingestufte Hamas vorgeworfen.

Und bei den «Einschüchterungsversuchen gegen Medien» geht es um eine Klage gegen CBS, weil der Sender im Wahlkampf ein Interview mit Kamala Harris nachweislich manipuliert hatte, um sie besser dastehen zu lassen.

Schweizer Leitmedien Trump-verblödet

Schweizer Leitmedien stellen Trump konsequent als skrupellosen Lügner und Zerstörer dar – häufig ohne jede Sorgfalt, ihre Quellen neutral einzuordnen. Differenzierende Informationen aus denselben Quellen (hier der New York-Times) werden ignoriert oder selektiv wiedergegeben, wenn sie nicht ins Zerrbild passen.

Die Beispiele der letzten Wochen belegen, dass wir von unseren Medien kein objektives Bild erhalten. Durch Auslassungen, Übertreibungen und verdrehte Darstellungen wird ein Narrativ aufgebaut, in dem Trump permanent böse Absichten unterstellt werden – selbst wenn seine Massnahmen inhaltlich oft das Gegenteil dessen bewirken, was berichtet wird.

Fazit: Wir werden konsequent belogen

Die Geschichte von den «verbotenen Wörtern» ist sinnbildlich: Aus einem Dekret für freie Meinungsäusserung wird in Schweizer Redaktionen ein Sprachverbot konstruiert. Einmal mehr sehen wir: Wir werden von den Medien konsequent angelogen.

Hermann Lei